

Autoritäre Lohngesellschaft

Warum findet der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle bei den Lohnabhängigen nicht massenhafte Zustimmung, sondern stößt vielfach auf Ablehnung? Warum lehnen die Menschen das Mehr an Freiheit ab, obwohl sie die Freiheit doch lieben?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle würde im Kapitalismus die Lohnabhängigkeit der Individuen graduell verringern. Diese Lockerung des Zwanges, diese Stärkung der Freiheit der Individuen, verstößt jedoch gegen das Prinzip des Lohnes, welches für die Arbeitsgesellschaft entscheidend ist.

Indem das Prinzip des Lohnes die mögliche Freiheitsvermehrung blockiert, ist es ein autoritäres Prinzip, und insofern handelt es sich bei unserer Arbeitsgesellschaft um eine autoritäre Lohngesellschaft. Und die Frage lautet: Wie gelingt die Befreiung von dieser autoritären Lohngesellschaft?

1. Produktivitätsfortschritt, Überflüssigkeit von Arbeit, Unterbietungskonkurrenz

Arbeitsteilung und technischer Fortschritt steigern die Produktivität. Mit immer weniger Arbeits-Input kann immer mehr Output produziert werden. Dies betrifft sowohl stoffliche Güter als auch Dienstleistungen. Anschauliche Beispiele sind bekannt: Mähdrescher, Fließband, Gabelstapler, PC-Anwendungen für Verwaltungsabläufe. Es gibt Einwände gegen den technischen Fortschritt, wenn dieser z.B. ökologische Nachteile oder Unfallgefahren hervorbringt oder ungesunden Stress verursacht, durch Monotonie und/ oder Verdichtung der Arbeitsabläufe. Aber auch die Berücksichtigung dieser Einwände würde die Entwicklung zu immer höherer Produktivität nicht umkehren. Arbeit wird immer überflüssiger oder könnte immer überflüssiger werden. Eine Überflusgesellschaft wäre möglich: mehr materieller Wohlstand für alle, und das bei immer weniger Mühsal und Arbeit.

Vorerst jedoch macht sich diese zunehmende Überflüssigkeit von Arbeit nicht in einer allgemeinen angenehmen Entlastung vom Druck zur Arbeit bemerkbar. Denn die individuelle Existenzsicherung ist an Arbeit gekoppelt, und die potenziell überflüssigen Arbeitskräfte müssen sich deshalb immer mehr nach der Arbeit drängeln. Der Produktivitätsfortschritt führt deshalb nicht zu einer Lockerung, sondern im Gegenteil zu mehr Druck, zum Unterbietungswettbewerb der Arbeitskräfte bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Dieser Unterbietungswettbewerb betrifft nicht alle Arbeitskräfte gleichermaßen, sondern vor allem die leicht Ersetzbaren, die potenziell Überflüssigen. So wird der untere Bereich der Arbeitsgesellschaft zu einer Sackgasse, zu einer Bedrohung der Betroffenen. Die „Krise“ der Arbeitsgesellschaft ist in dieser Hinsicht ein chronischer Rückschritt und nicht, wie gelegentlich suggeriert, ein Konjunkturproblem und insofern nur eine vorübergehende Durststrecke.

2. Workfare, Sozialpolitik der Abschreckung

Der Staat verstärkt den Druck zur Arbeit. Er zahlt an die Arbeitslosen erstens immer geringere Transfereinkommen. Zweitens werden diese, im Sinne von Workfare, nur noch als Lohn für Gegenleistungen gewährt, als Lohn für obrigkeitlich angeordnete Beschäftigungen, als Lohn für Eigenbemühungen um Arbeit, insbesondere für die unentwegte und mühevollere Arbeitssuche. Die Betroffenen sind einer unübersichtlichen, zeitraubenden und demütigenden Bürokratie ausgeliefert, nur um das lebensnotwendige Existenzminimum zu erlangen.

Die Sozialpolitik der Abschreckung drängt die Leute aus dem Bezug von Transfereinkommen heraus und in die Unterbietungskonkurrenz hinein. Vorbei ist die Zeit des Wertewandels, als auch unter den Beschäftigten zumindest manche mit dem Gedanken spielten, dass eine Zeit der Arbeitslosigkeit auch eine interessante Zeit des Luftholens und der Neuorientierung sein könnte. Viele klammern sich nun auch an ungeliebte Jobs, obwohl sie innerlich längst gekündigt haben. Aber die Situation der Arbeitslosigkeit wäre eben noch stressiger und bedrohlicher. Die Beschäftigten sind zunehmend eingeschüchtert, zunehmend erpressbar, zunehmend bereit zur Unterbietungskonkurrenz, also dazu bereit, schlechtere Bedingungen zu akzeptieren und mit ihren Zugeständnissen andere Beschäftigte zu unterbieten.

3. Autoritäre Lohngesellschaft

Die verhängnisvolle Entwicklung der Arbeitsgesellschaft resultiert aus der Zuspitzung des Lohnprinzips: keine Leistung ohne Gegenleistung. Die Abhängigkeit vom Lohn, die Notwendigkeit, sich sein Leben verdienen zu müssen, wird als alternativloser Normalzustand anerkannt. Vielfach wird sogar die Verschärfung der Abhängigkeit vom Lohn gefordert. „Wir müssen das Einkommen wieder stärker an die Arbeitsleistung binden“, sagen die Arbeitgeberverbände.¹

Unterbietungskonkurrenz plus Workfare bedeutet, dass die Leute sich immer mehr einordnen und unterwerfen müssen, sonst bekommen sie keinen Lohn. In einer möglichen Überflusgesellschaft am Lohnprinzip festzuhalten, ist autoritär. Dies ist nicht von vorneherein plausibel. Ohne weiteres nachvollziehbar ist der Befund, der Sozialstaat sei autoritär, ein Staat, der die von ihm Abhängigen zu den einschlägigen Gegenleistungen zwingt, den Arbeitsdiensten oder Bewerbungstrainings, ein Staat der Bürokratie mit deren Eingriffen in die privaten Lebensumstände, mit ihren Schikanen, unsinnigen Wartezeiten und kafkaesken Undurchsichtigkeiten.

Weniger unmittelbar einsichtig ist jedoch, in welchem Maße das Lohnprinzip auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls autoritär sein soll. Hier ist es doch idealer Weise so, dass Freie und Gleiche sich begegnen und einen Vertrag abschließen. Doch in Wirklichkeit sind beide Vertragspartner eben nicht gleich und auch nicht gleichermaßen frei. Wer vor der Alternative steht, einen elenden Job zu machen oder zu hungern, ist in hohem Maße unfrei. Es geht um den Punkt der Lohnabhängigkeit, die mehr oder weniger zwingend sein kann. Autoritär ist, so gesehen, eine Lohngesellschaft, in der es als selbstverständlich und als alternativlos gilt, sich bzw. seine Arbeitskraft für seinen Lebensunterhalt um jeden Preis und zu allen Bedingungen verkaufen zu **müssen**. Autoritär ist eine Gesellschaft, die, trotz einer ökonomischen Entwicklung, in der Arbeit immer überflüssiger werden könnte, die Lohnabhängigkeit nicht verringert, sondern **verschärft** und die Betroffenen in eine immer härtere Unterbietungskonkurrenz um immer miesere Jobs treibt. Eine derartige Gesellschaft ist eine autoritäre Lohngesellschaft.

Die autoritäre Ausrichtung der Lohngesellschaft stellt sich aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich dar.

Aus der Perspektive der Unternehmen, der Kunden, der Auftraggeber ist die Angelegenheit eher trivial: Arbeit soll billig und flexibel sein, soll als Ressource, als Produktionsfaktor widerspruchlos zur Verfügung stehen.

¹ Stuttgarter Zeitung, 5. Juli 2005, in *Offe*, S. 143

Noch besser, noch zeitgemäßer ist es, wenn die Arbeitskräfte kundenorientierte, sprich dienstefrige Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft sind. Der Witz dabei ist, dass die individuelle Freiheit hier durchaus zur Entfaltung kommt, aber eben fremden Zielen unterworfen bleibt. Befehle und Weisungen sind gar nicht mehr nötig, weil die Arbeitskräfte in einer neuartigen Form des vorauseilenden Gehorsams im Sinne ihrer Auftraggeber mitdenken und agieren. André Gorz spricht von Autonomie in der Heteronomie.² Nur eine Minderheit der Unternehmer erklären bislang, dass ihnen die freie Kooperation mit lohnunabhängigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen lieber wäre als die in zunehmendem Maße erzwungene Kooperation mit Lohnabhängigen.³

4. Opfer und Ressentiment

Weniger trivial ist die Akzeptanz der autoritären Lohngesellschaft aus der Perspektive der Lohnabhängigen selber. Warum unterstützen sie das Lohnprinzip, warum stabilisieren sie eine Lohngesellschaft, in der sie regelmäßig die Benachteiligten sind?

Nach Horkheimer und Adorno ist eine Gesellschaft dann autoritär, wenn die Unterworfenen, die Unterlegenen, die Betrogenen das herrschende Spiel mitspielen, wenn sie auf die Erfüllung ihrer ehemaligen jugendlichen Sehnsucht verzichten, wenn sie ihre Ansprüche reduzieren, wenn sie resignieren, sich in Bescheidenheit üben – und wenn es sie zugleich dazu drängt, eben diese Bescheidenheit, dieses Verzichten allen anderen ebenfalls aufzuerlegen. Wer selber Opfer bringen und Kompromisse eingehen musste, hat das Verlangen, andere dem selben Zwang zu unterwerfen, dem er oder sie sich unterworfen hatte.⁴ Wer mitbekommt, dass andere nicht opfern müssen, dass andere aus der Reihe tanzen dürfen, hat ein Problem: es nagt der Verdacht, dass das eigene Opfer vielleicht nicht so unausweichlich und alternativlos war, dass die eigene Kompromissbereitschaft vielleicht voreilig war.

Autoritär ist, wer argwöhnisch darüber wacht, dass eben niemand aus der Reihe tanzen darf, dass niemand sich zu schade sein darf, seine Arbeitskraft zu verkaufen oder sein Leben in den Dienst für die Gemeinschaft zu stellen. Der Verdacht, dass es tatsächlich Leute gibt, denen es erspart bleibt, Kompromisse zu machen, ist den Autoritären unerträglich; sie reagieren mit chronischer Gekränktheit, mit Ressentiment. Warum dieses Ressentiment gegen alle jene, die man beargwöhnt, dass sie sich vielleicht davor drücken könnten, ihr Opfer darzubringen?

5. Anerkennung verdienen

Der Missgunst, die gegen andere gerichtet ist, entspricht die Härte gegen sich selbst. Wie kommt diese selbstschädigende Härte zu Stande? Diejenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten, wollen etwas „wert“ sein. Als Lohnabhängige **müssen** sie im Kapitalismus sich verkaufen und insofern etwas wert sein. Warum bekämpfen sie diesen Zwang nicht, sondern nehmen ihn hin und akzeptieren ihn? Die am Lohn orientierte Gerechtigkeitsvorstellung lautet: Gerecht ist, wenn ich das, was ich bekomme, auch **verdient** habe, und verdient habe ich es genau dann, wenn es ein **Lohn** für eine Gegenleistung ist, die ich erbracht habe. Gerecht ist ein Tausch von Leistung mit Gegenleistung. Lohngerechtigkeit bedeutet im Umkehrschluss, dass jene, die nur einseitig etwas bekommen was sie **nicht** verdienen, **Schuld** auf sich laden.

Arbeitslosigkeit ist eine Schuld, die bestraft werden muss. Genauer: die Transfereinkommen, die an Arbeitslose fließen, verursachen bei den Arbeitslosen eine Schuld, denn sie sind unverdient. Von daher auch das Beharren vieler Arbeitsloser darauf, dass sie in Wirklichkeit

² vgl. Gorz 1986: 117, 136

³ zum Begriff der „freien Kooperation“ vgl. Spehr 2001

⁴ vgl. Horkheimer/ Adorno 1944: 154, 172, 177

nicht arbeitslos und deshalb nicht schuldig sind, sondern **erwerbslos**, dass sie also jede Menge arbeiten und in Wirklichkeit die geforderte Gegenleistung erbringen, eine Gegenleistung, die ihnen formell allerdings nicht anerkannt wird.

Die hier zu klärende Frage ist, wie es zu der Bejahung der harten moralischen Logik des Tausches kommt.

In diesem Zusammenhang wird viel darüber diskutiert, dass wir Arbeit nicht nur zur materiellen Existenzsicherung brauchen, sondern auch, um Anerkennung zu erlangen, dass folglich eine Zahlung, die nicht durch eine Gegenleistung seitens des Empfängers gerechtfertigt ist, dieses Moment der Anerkennung nicht enthalten würde. Dabei geschieht etwas Fatales: die **Verwechslung von Arbeit und Liebe**.

Hier eine Überlegung von Sartre. Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass es keine höhere Notwendigkeit für meine Existenz gibt. Ich könnte genauso gut nicht sein.⁵ Jede und jeder von uns ist letztlich überflüssig, wir alle sind ersetzbar. Diese Erkenntnis ist schwer zu ertragen. Eine Rettung aus diesem letztlichen Überflüssig-Sein ist es, wenn ich für jemand anderen notwendig bin, der oder die mich **liebt**. Und auch diese Rettung durch Liebe ist nur eine Rettung auf Zeit, aber immerhin.⁶

Zuneigung und Sympathie sind **unverdiente** Anerkennungen, zugleich aber sind sie die Arten von Anerkennung, um die es in Wirklichkeit geht, die am glücklichsten machen. Glück ist kein Lohn, Glück gibt es nur unverdient. Glück ist keine erwartbare Gegenleistung und lässt sich nicht erzwingen oder einklagen. Nun ist diese Anerkennung, die Liebe, von der Freiheit Anderer abhängig, ist außerhalb meiner Reichweite. Ich bin hier, wie Sartre sagen würde, „fremder Freiheit ausgesetzt“. Das ist zutiefst verunsichernd. So weit Sartre.⁷ Die Analogie, um die es in der hier behaupteten „Verwechslung von Arbeit und Liebe“ geht, ist die Analogie zwischen der verdienten Anerkennung für eine von mir geleistete Arbeit einerseits und der unverdienten Anerkennung seitens des mich liebenden Menschen andererseits.

Der Lohn hat die doppelte Bedeutung, mir als Kaufkraft materiell die Existenz zu sichern und mir gleichzeitig die Anerkennung seitens der Anderen zu bieten. Besonders beruhigend ist ein gesicherter Lohn, der auf lange Sicht feststeht, der mir, neben der Existenzsicherung, das Gefühl gibt, verdienstvoll zu sein, der mir eine verlässliche, beständige Anerkennung liefert. Er erscheint als die Rettung, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch als Heilung meines Überflüssig-Seins. Die Anderen brauchen mich. Ohne mich geht es nicht. Solange ich in aller Ruhe Arbeit und Liebe verwechseln kann, solange der Lohn für meine Arbeit mir meine Unersetzlichkeit vorgaukelt, so lange fühle ich mich gesichert auch in dem Sinn, in dem ich mir einbilden kann, meine Existenz sei notwendig. Arbeitslosigkeit ist deshalb nicht nur das materielle Problem der Armutsdrohung. Meine Überflüssigkeit als Arbeitskraft zeigt mir auch meine existenzielle Überflüssigkeit, die ich mir mittels bezahlter und insofern anerkannter Arbeit verdrängen könnte. Drohende Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung kann aus dieser Sicht eben nicht als die Verheißung einer von Mühsal, Plackerei und

⁵ vgl. Sartre 1943: 180

⁶ vgl. Sartre 1943: 647, 649

⁷ Sartre bietet zur Erklärung der Gegnerschaft gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen einen weiteren Gedanken, der hier nicht weiter ausgeführt wird: Sartre begründet eindringlich, dass wir als bewusste Wesen „zur Freiheit verurteilt“ sind. Wir haben uns – bei allen unbestrittenen Determinationen – für unser jeweiliges Leben **entschieden**. Wir müssen uns – innerhalb gewisser Freiheitsgrade – fortwährend dafür oder dagegen entscheiden, unsere Wahl fortzusetzen. Wer sich nicht entscheidet, entscheidet sich dafür, sich nicht zu entscheiden. Für unsere Entscheidungen (und Nicht-Entscheidungen) sind wir jeweils selber verantwortlich. Freiheit in diesem Sinne, also die Freiheit, zu der wir verurteilt sind, wird als Angst erfahren, die unbequeme Erkenntnis, dass alle Ausreden nichts gelten. Wenn nun die „wirkliche Freiheit“ aller (jetzt im Sinne von Van Parijs zu verstehen) u.a. durch immer bessere Grundeinkommens-Regelungen weiter vermehrt würde, so würde eine solche Grundeinkommens-Gesellschaft immer mehr zu einer „Gesellschaft ohne Ausrede“. Eine solche Gesellschaft wäre für viele, die zwar klagen, aber für ihre Missgeschicke immer eine Ausrede parat haben, eine unbequeme und beängstigende Angelegenheit. Vgl. auch Lerner 1998.

unproduktivem Zeitverlust immer mehr befreitem Leben erscheinen, sondern hat immer auch den Charakter des drohenden Entzugs der Existenznotwendigkeit.

Die materielle Absicherung, den Schutz vor Verarmung, würde nun auch ein bedingungsloses Grundeinkommen bieten. Aber diese Art von Einkommen hätte nicht den Charakter einer Anerkennung. Es bin nicht speziell ich gemeint, denn die Gießkanne des Grundeinkommens versorgt mich nur wie alle anderen auch. Ein Lohn dagegen ist eine Reaktion auf etwas, was von mir kommt, eine Anerkennung, die sich direkt auf mich bezieht – wie die Liebe. Der Lohn gibt mir die Illusion, das Glück, das es in Wirklichkeit nur geschenkt gibt, mir mit Arbeit **verdienen** zu können. Jedoch: Für das Glück, in der Liebe gebraucht zu werden, ist der Arbeitslohn kein Ersatz. Wer sich auf der Suche nach Anerkennung und Glück auf die Sicherheit des Lohnes beschränkt, wird damit scheitern. Die Bereitschaft, mir Lohn zu zahlen, entspringt zwar auch „fremder Freiheit“, nämlich derjenigen Person, die mit mir das Vertragsverhältnis eingegangen ist. Anerkennung durch Lohn ist jedoch immer auch unbefriedigend, weil sie den Charakter des Geschenkes nicht hat. Diese unbegriffene Enttäuschung motiviert das Verlangen nach Lohngerechtigkeit: die Arbeit als Opfer, mindestens das Opfer an Lebenszeit, soll die höchste Anerkennung erfahren. Dieses Gerechtigkeitsempfinden wird einerseits verletzt, indem die Entlohnung für das erbrachte Opfer als zu gering empfunden wird, andererseits dann, wenn es Anerkennungen unverdient gibt.

Die Unerträglichkeit des Unverdienten zeigt sich auch in der Missgunst gegen Zuneigung und Liebe, welche als ungerecht, weil unverdient, empfunden werden. Übrigens auch auf dem Arbeitsmarkt: oft bekommen nicht diejenigen die begehrten Stellen oder Aufträge, die bereit sind, am meisten zu dienen und zu leisten, sondern diejenigen, die den entscheidenden Personen schlicht am sympathischsten sind –ungerecht! Hier zeigt sich eine besondere Pointe: die „unseriöse“ Anerkennung aus Sympathie „verkleidet“ sich gleichsam in die „rechtschaffen-ehrlische“ Anerkennung von Arbeit. Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ist nicht das Ergebnis besonderer Opferbereitschaft, sondern das Ergebnis des Umstandes, dass andere meine Gegenwart schätzen und für die Erfüllung sachlicher Aufgaben (Arbeit) lieber mit mir zu tun haben wollen als mit anderen.

Die Frage ist, in welchem Umfang diese Verwechslung allen bekannt ist, aber verdrängt wird. In welchem Ausmaß „wissen“ die zum Opfer Bereiten, die sich für „ehrlische Arbeit nicht zu schade“ sind, dass sie sich selbst betrügen, dass es nicht der auf diese Weise verdiente gerechte Lohn sein wird, der sie glücklich machen kann? Die These von der autoritären Lohngesellschaft ist in diesem Sinne eine psychoanalytische These. Die auf dem Lohnprinzip basierende Gerechtigkeitsvorstellung enthält eine doppelte Moral: wer zum Opfer bereit ist, wird gelobt, aber im Grunde wissen alle, dass die Tugendhaften der Arbeitsethik in Wahrheit Betrogene sind, ganz ähnlich wie die Tugendhaften der Sexualmoral des 19. Jahrhunderts, mit der Sigmund Freud konfrontiert war. In gewissem Umfang „wissen“ die Betroffenen um ihren Irrtum und verwenden einige Anstrengung darauf, ihn aufrecht zu erhalten. Aber gerade deshalb ist dieser Irrtum schwer einzusehen, schwer einzugestehen und schwer zu korrigieren. Zugleich ist es ein Irrtum, der nach Verallgemeinerung drängt. Alle sollen so denken, genauer: alle sollen sich gleichermaßen am Denken hindern. Wir kommen auf diesem Weg wieder zu dem in Teil 4. dargestellten Zusammenhang von Opfer und Ressentiment. Das Lohnprinzip soll für alle gelten müssen, niemand soll aus der Reihe tanzen dürfen.

Ich fasse also zusammen:

- a) Wer sich zu dem für die eigene Existenzsicherung notwendigen Einkommenserwerb verkaufen muss, wird argwöhnisch darüber wachen, dass dieses Zwangsverhältnis tatsächlich allgemein gilt, dass kein „Florida-Rolf“ entwischt.
- b) Die Bereitschaft, ein verdientes Einkommen für gerechter zu halten als ein unverdientes, beruht auch auf dem Bestreben, die eigene existenzielle Überflüssigkeit zu verdrängen und

das verdiente Einkommen als Anerkennung des eigenen Daseins, als Beweis der Notwendigkeit und Unersetzlichkeit der eigenen Existenz, aufzufassen.

c) Die Evidenz, dass unverdiente Anerkennungen eine Art von Glück verursachen, die der verdiente Lohn nicht bieten kann, lässt die Verdrängung brüchig werden.

d) Das unvollständig verdrängte Wissen darüber, dass der „gerechte Lohn“ kein wirklicher Ersatz für die andere Art des Glückes ist, bedingt das Ressentiment: das chronische Gekränktheit, die anklagende Selbstgerechtigkeit der Arbeit, die Missgunst gegenüber allem Unverdienten, sowohl gegenüber dem unverdienten Glück als auch gegenüber einem unverdienten Einkommen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen.

Die Kennzeichnung „autoritär“ soll – im Unterschied etwa zu „repressiv“ – deutlich machen, dass das Lohnprinzip auch von jenen anerkannt wird, die von seiner Geltung entschieden benachteiligt sind. Die Diagnose „autoritär“ beruht auf einer psychoanalytischen Unterstellung, die hier plausibel gemacht werden sollte.

Zwischenfazit: Die Erbarmungslosigkeit der Lohngerechtigkeit verfestigt den Zwang, sich verkaufen zu müssen, zementiert die Sackgasse der Unterbietungskonkurrenz. Die Ursache der zunehmenden Zwänge und Bedrohungen seitens der Arbeitsgesellschaft liegt nicht in der Ökonomie, etwa in einem zu geringen Wirtschaftswachstum, in einem Mangel an Arbeitsergebnissen und einer daraus resultierenden drohenden Not, sondern in der Vorherrschaft der autoritären Lohngesellschaft.

6. Bedingungsloses Grundeinkommen. Vom Lohn zur Ermöglichung; von der Überflüssigkeit der Arbeit zum Überfluss für Alle.

Die Alternative, die Umkehrung des Lohnedenkens, wäre ein Ermöglichungs- und Befähigungsdenken. Nicht **um** etwas (nämlich den Lohn) zu bekommen, muss ich zu einer Gegenleistung (Arbeit, Dienst, Unterordnung, Mühe, Opfer) bereit sein, sondern umgekehrt: ich muss ein Einkommen erhalten, um **zu** etwas (Tätigkeiten, Lernen, Muße usw.) **befähigt** zu werden. Dem Lohnprinzip ist ein Ermöglichungsprinzip gegenüberzustellen. Das Einkommen wäre dann die Voraussetzung für das Tätigsein, für die freie Entfaltung, und nicht die Arbeit (der Dienst, die Mühe, das Opfer) die Voraussetzung für den Lohn. Das Einkommen wäre hier nicht „Lohn für ...“ sondern „Ermöglichung von ...“.⁸

In der Lohngesellschaft ist ein gewisses Maß an Anerkennung die Voraussetzung zum Leben. Entweder ich reüssiere auf dem Markt, oder ich muss (als Alter, als Kranker) als erwerbsunfähig anerkannt und deshalb der Unterstützung würdig sein. Wenn ich arbeitslos bin, muss ich Gegenleistungen erbringen, bin ich zur Mitwirkung verpflichtet, muss ich das mir von der Gemeinschaft abverlangte Opfer erbringen, um als unterstützungswürdig

⁸ Dies ist die individuelle Betrachtung, gegen die sich immerhin einwenden ließe, dass zuerst gearbeitet werden müsse, bevor die Produkte der Arbeit verteilt würden, um den EmpfängerInnen etwas zu „ermöglichen“. Aber auch bei der gesellschaftlichen Betrachtung ist ein entsprechendes Umdenken in der Schwerpunktsetzung erforderlich: Die Produktion ist die Voraussetzung für den Überfluss, dessen monetäres Äquivalent als Grundeinkommen verteilt werden kann. Die alte Schwerpunktsetzung wäre: der Überfluss (die für Investitionen verwendeten Profite) ist die Voraussetzung für die Arbeitsplätze, also die Produktion. Hier, in der gängigen Denkweise, korrespondiert die Schaffung von Arbeit als Selbstzweck und wichtigste gesellschaftliche Aufgabe mit der individuellen Notwendigkeit von Arbeit als Gelegenheit zur Erzielung von lebensnotwendigem Lohn. In der Lohngesellschaft wird die staatliche Unterstützung ein als vorübergehend zu betrachtendes und abzuschaffendes Übel, als „soziale Last“ gesehen und insofern die Arbeitslosigkeit als das „Krebsgeschwür der Gemeinschaft“. In der Ermöglichungsgesellschaft ist die staatliche Unterstützung nicht ein mit dem Charakter der Vorläufigkeit versehener Notbehelf, sondern allgemein anerkannter Normalzustand.

anerkannt zu werden. „Hauptsache die Arbeitslosen würden auf Trab gehalten und hätten keine Zeit irgendetwas anderes zu tun, als Arbeit zu suchen“. ⁹

Anders in einer Ermöglichungsgesellschaft: hier ist für alle die Existenz gesichert, sowie auch noch ein möglichst hohes Maß an Entfaltungsfreiheit. ¹⁰ Anerkennung kann **hinzukommen**; ich kann um Anerkennung werben, bin aber zur Sicherung meines Lebens nicht auf die Anerkennung durch Andere angewiesen.

Zur Konkretisierung einer solchen Ermöglichungs- und Befähigungsgesellschaft bedarf es eines gesicherten Grundeinkommens für alle, das an keine Bedingungen wie z.B. Arbeit oder Arbeitswilligkeit geknüpft ist. ¹¹ Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist **kein Lohn** sondern unverdient; sonst ist es nicht bedingungslos. Es ist eine radikale Umkehr des Lohnprinzips: ein bedingungsloses Einkommen, das nicht verdient werden muss, das keine Gegenleistung erzwingt und das keine Schuld verursacht.

Nun zurück zur Eingangsüberlegung der zunehmenden Überflüssigkeit der Arbeit.

So lange das Lohndenken gesellschaftlich vorherrscht und mittels Workfare umgesetzt wird, so lange ein zunehmender Extremismus der Lohngerechtigkeit um sich greift, so lange ich mir mein Leben **verdienen** muss, so lange ist es gefährlich, für die Arbeit überflüssig zu sein.

Erst wenn ein Umdenken Raum greift,

- wenn eine gesellschaftliche Abkehr vom starren Lohnprinzip stattfindet,
- wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass (schon längst) genug für alle da ist,
- wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen erkämpft und eingeführt wird und als gesicherte Rahmenbedingung die Leute vom Lohn **unabhängig** macht,

dann können wir der Arbeit den Respekt aufkündigen, den sie nun ihrerseits wahrlich nicht „verdient“, und können sie nüchtern betrachten,

dann verwandelt sich der Fluch der Überflüssigkeit der Arbeit in den Segen eines Überflusses für alle.

Literatur:

Goetz, André (1986/ 1994): Kritik der ökonomischen Vernunft. Hamburg

Horkheimer, Max und Adorno, Theodor W. (1944/ 1969): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a.M.

Lerner, Sally (1998): Fear of Freedom: A Barrier to Putting BI on the Political Agenda, Basic Income European Network (BIEN); VIIth International Congress, Amsterdam, 10.-12. September 1998, www.basicincome.org

Offe, Claus (2005): Nachwort: Armut, Arbeitsmarkt und Autonomie, in Vanderborght, Yannick und Philippe Van Parijs (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt a.M.

Sartre, Jean-Paul (1943/ 1993): Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie. Reinbek bei Hamburg.

Spehr, Christoph (2001): Gleicher als Andere. Grundlegung der freien Kooperation.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/de/texte/gleicher1.htm>

Valdivia, Gaston (2004): Zeitverschwendung Marktwirtschaft. Über die absurdeste Reproduktionsweise seit Menschengedenken, in Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Karl-Heinz

Lewed, Maria Wölflingseder (Hg.) (2004): Dead Men Working. Münster

Van Parijs, Philippe (1995): Real Freedom for All. What (if anything) Can Justify Capitalism? Oxford (Oxford University Press).

⁹ so, sinngemäß Friedrich Merz, in Valdivia 2004, S. 242

¹⁰ vgl. Van Parijs 1995: 22 ff.

¹¹ vgl. Van Parijs 1995: 32 ff.

Abstract:

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens scheitert bislang an der Hegemonie der autoritären Lohngesellschaft, die unverdientes Einkommen nicht zulässt und stattdessen die Lohnabhängigen (sowohl arbeitslose als auch beschäftigte) immer mehr unter Druck setzt. Die Ursache dieser angesichts fortschreitender Produktivitätssteigerung immer widersinnigeren Härte, dieser gesellschaftlichen Tendenz zur Verallgemeinerung von Opfer und Zwang, liegt in der verhängnisvollen Verwechslung von Arbeit und Liebe. Das Verharren auf der scheinbar sicheren, in Wirklichkeit aber unbefriedigenden Seite des Lohnes bringt ein Ressentiment gegen das Unverdiente hervor. Dieses Ressentiment verhindert die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ermöglichende Entfaltung jenseits der Lohnlogik.

The introduction of an unconditional basic income has failed so far on account of the predominance of an authoritarian meritocracy which does not tolerate any unearned income and puts more and more pressure on the wage-dependants (people dependent on earning their living, both unemployed and employed) instead. This severity, increasingly absurd in the face of ever-growing productivity, this social tendency to generalize sacrifice and coercion, is due to the fatal confusion of labour and love: Clinging to the apparently secure, but actually unsatisfactory concept of rewarded merits spawns resentment against the unearned. This resentment prevents any personal development beyond the logic of wage and reward, something which only an unconditional basic income could provide.

Autor:

Robert Ulmer, Diplomkaufmann (FH), Mitglied des SprecherInnenrates im deutschen Netzwerk Grundeinkommen, Berliner Initiative Grundeinkommen, Initiative „Anders arbeiten oder gar nicht“, lebt in Berlin.